

# Ökolumne 9/05: Zu kurz gesprungen?

von Ulrich Brehme

Gerhard Schröders überraschende Entscheidung für Neuwahlen nach der SPD-Niederlage in Nordrhein-Westfalen hat eigentlich niemand wirklich verstanden. Zudem war die Behauptung eines Verlustes der Regierungsmehrheit im Bundestag ganz offensichtlich vorgeschoben und verstieß damit gegen das Grundgesetz. Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und Bundespräsident ließen dies zu, weil sie merkwürdigerweise glaubten, nicht das Recht zu besitzen, selber die Fakten bewerten zu dürfen. Die Wahlplakate waren schon aufgehängt, als das BVerfG die Einsprüche von ödp, Familien-Partei und einigen Bundestagsabgeordneten ablehnte.

Nach der Wahl stehen die politischen Lager in Deutschland vor einem Patt und beanspruchen beide die politische Führung, weil niemand mit der PDS zusammenarbeiten will. In diesem Hin und Her wird bisher kaum wahrgenommen, dass sich eine neue politische Kraft etabliert hat. Die ostdeutsche PDS hat zusammen mit der gewerkschaftsnahen WASG etwa 8 Prozent der Stimmen erreicht. Im Westen und im Osten wuchs die PDS auf Kosten der SPD und zieht nun mit über 50 Abgeordneten in den Bundestag ein.

Angela Merkel schaute in der Fernsehdiskussion nach der Wahl wie ein gerupftes Huhn, behielt aber die Fassung. Edmund Stoiber lächelte finster neben Merkel und muss verkraften, seine absolute Mehrheit in Bayern verloren zu haben. Der bisherige Bundeskanzler Gerhard Schröder spielte trotz Verlusts seiner Mehrheit den lachenden Gewinner und gab den Medien die Schuld für seine Niederlage. Der wahre Verlierer aber sind die Arbeitgeberverbände, die mit massiver PR-Arbeit in den Medien einen „harten Reformkurs“ fordern. Über Vereine, wie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ haben sie mit viel Geld versucht, Stimmung für den Abbau des Sozialstaats zu machen. FDP, CDU, SPD und Grüne sind alle in einen großen Reformwahn verfallen. Die politischen Lager von Links und Rechts hat das aber nicht verändert. Es gab fast nur Wählerwanderungen innerhalb der politischen Lager. 29 Prozent der Wähler waren bis zuletzt unentschieden, wem sie ihre Stimme geben sollten, da es zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien kaum Unterschiede gibt. Es gibt viele Reformideen. Jedoch gehen alle am Kernproblem der Unterqualifikation vieler Arbeitsloser vorbei. Das Thema Anstieg der Erdölpreise wurde von allen sorgfältig gemieden. Die Bundesregierung hat vor der Wahl schnell noch die Ölreserven freigegeben, freilich nur mit kurzer Wirkung.

In der CDU wurde der Arbeitnehmerflügel von Merkel völlig entmachtet und zurückgedrängt. Frau Merkel hat die CDU in die Westerwelle-Ecke geführt und dafür 35% der Stimmen erhalten – eines der schlechtesten Ergebnisse der CDU bei Bundestagswahlen. Die CDU glaubt nun, gescheitert zu sein, weil sie „zu ehrlich“ gewesen ist. Kampagnen gegen die Ökosteuer wie 2002 unter Stoiber hörte man in diesem Wahlkampf tatsächlich selten.

Die FDP profitierte vom CDU-Zick-Zack-Kurs und davon, dass viele Wähler Kirchhofs unsoziales Steuermodell kaum verstanden haben. Da traute man offensichtlich der FDP mehr Wirtschaftskompetenz zu. Nützen wird dies der FDP wohl nicht, denn eine Zusammenarbeit von FDP und Grünen ist nur schwer vorstellbar.

Eine SPD/CDU-Koalition oder die so genannte Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen bedeuten die Fortsetzung der Reformpolitik hin zu einem Abbau des Sozialstaates. Eine von der PDS tolerierte SPD/Grüne-Koalition beließe Schröder im Amt und würde den Systemwechsel weg von der Sozialen Marktwirtschaft bremsen.